



Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## **Aus den Verhandlungen des Regierungsrates**

### ***Regierung sagt Ja zu Verfassungsbestimmung für Familienpolitik***

Der Regierungsrat begrüsst den Vorschlag des Bundes, eine Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik zu schaffen, wie er in seiner Vernehmlassung an den Nationalrat festhält. Mit dem von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates vorgeschlagenen neuen Verfassungsartikel sollen Bund und Kantone verpflichtet werden, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu fördern und insbesondere für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen zu sorgen. Diese Verfassungsbestimmung soll auch als Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen dienen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist nach Ansicht der Regierung eines der zentralen Anliegen einer zeitgemässen Familienpolitik. Sie trägt zur Existenzsicherung von Familien und zur Bekämpfung von Familienarmut bei und ermöglicht, dass gut qualifizierte Eltern dem Arbeitsmarkt auch nach der Familiengründung erhalten bleiben. Dies ist auch aus wirtschaftspolitischen Überlegungen von grosser Bedeutung. Angebote an familien- und schulergänzender Betreuung gehören somit zu den wichtigsten Massnahmen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Mit der vorgeschlagenen Verfassungsbestimmung entsteht eine wichtige Grundlage für einen Beitrag der öffentlichen Hand an die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Dies wird insbesondere nach Ablauf des bis im Jahr 2015 befristeten Impulsprogramms des Bundes von Bedeutung sein.

### ***Kritische Haltung zu Strukturreform in der beruflichen Vorsorge***

Der Regierungsrat äussert sich - in Übereinstimmung mit der Konferenz der kantonalen BVG- und Stiftungsaufsichtsbehörden - kritisch zur vorgeschlagenen Strukturreform in der beruflichen Vorsorge, wie er in seiner Vernehmlassung an das Eidgenössische Departement des Innern festhält. Die geplanten Änderungen verstärken die Aufsicht in der beruflichen Vorsorge, indem die Zuständigkeiten entflochten werden und die Oberaufsicht beim Bund neu durch eine unabhängige Kommission wahrgenommen wird. Ausserdem werden die Aufgaben der verschiedenen Akteure in der 2. Säule präziser geregelt. Zusätzliche Governance-Bestimmungen führen zu erhöhter Transparenz bei der Verwaltung von Pensionskassen.

Die Regierung begrüsst eine kompetente Aufsicht im Bereich der beruflichen Vorsorge. Der vorgeschlagenen Oberaufsichtskommission würden jedoch Aufgaben zugewiesen, welche nicht stufengerecht sind, sondern eher in den Zuständigkeitsbereich der Direktaufsichtsbehörden gehören. Diese sind jedoch grundsätzlich in der Lage, die Direktaufsicht verantwortungsvoll zu übernehmen, insbesondere auch deshalb, weil es mit der vorgeschriebenen Strukturreform in der Schweiz künftig nur noch rund zehn Direktaufsichtsbehörden geben dürfte. Zudem bemängelt der Regierungsrat die hohen Gebühren der Oberaufsichtskommission, welche auf

die Vorsorgeeinrichtungen und schlussendlich auf die Versicherten abgewälzt werden müssten.

### ***Neuer Leiter Straf- und Massnahmenvollzug***

Der Regierungsrat hat lic. iur. Manfred Affolter, Lüterkofen/SO, als Leiter Straf- und Massnahmenvollzug beim Amt für Justiz und Gemeinden angestellt. Manfred Affolter hat Rechtswissenschaften studiert. Der 44-Jährige war in den letzten Jahren als Staatsanwalt in Olten tätig. Manfred Affolter wird seine neue Stelle am 1. Juni 2011 antreten. Er ersetzt den in Pension gehenden Dieter Fey.

### ***Neuer Feuerwehrinspektor***

Der Regierungsrat hat Jürg Bänziger, Neuhausen am Rheinfall, als Kantonalen Feuerwehrinspektor angestellt. Der 46-jährige Jürg Bänziger arbeitet seit 12 Jahren bei der Kantonalen Feuerpolizei. Seit längerer Zeit ist er als Ressortleiter wassergefährdende Flüssigkeiten und als Stellvertreter des Feuerwehrinspektors tätig. Jürg Bänziger wird sein neues Amt am 1. Juni 2011 antreten. Er ersetzt den in Pension gehenden Gerhard Stäheli.

Schaffhausen, 22. Februar 2011  
bis und mit Nr. 7/2011  
7/2011

*Staatskanzlei Schaffhausen*